DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2015/1089 DER KOMMISSION

vom 6. Juli 2015

zur Festsetzung der Höchstbeträge für 2015 für bestimmte Stützungsregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Festsetzung des Anteils für die Sonderreserve für die Minenräumung in Kroatien

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 20 Absatz 3, Artikel 22 Absatz 1, Artikel 36 Absatz 4, Artikel 42 Absatz 2, Artikel 47 Absatz 3, Artikel 49 Absatz 2, Artikel 51 Absatz 4 und Artikel 53 Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 hat Kroatien der Kommission bis zum 31. Januar 2015 die gemäß Artikel 57a Absatz 10 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates ([2]) erfassten Flächen mitgeteilt, die im Kalenderjahr 2014 wieder der Nutzung für landwirtschaftliche Zwecke zugeführt wurden. Diese Mitteilung beinhaltete auch die Anzahl der Zahlungsansprüche, die den Betriebsinhabern am 31. Dezember 2014 zur Verfügung standen, und den zum selben Zeitpunkt noch ungenutzt in der nationalen Sonderreserve für die Minenräumung verbliebenen Betrag.

(2) Gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 hat die Kommission daraufhin die Beträge errechnet, die für die Kalenderjahre ab 2015 den in Anhang II derselben Verordnung festgesetzten Höchstbeträgen hinzuzufügen sind, um die Beihilfegewährung für die von Minen geräumten Flächen im Rahmen der in Anhang I derselben Verordnung genannten Stützungsregelungen zu finanzieren. Diese Aufstockung, um die der nationale Höchstbetrag für Kroatien gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 mit der Delegierten Verordnung (EU) 2015/851 der Kommission ([3]) angehoben wurde, beläuft sich für 2015 auf 700 000 EUR.

(3) Gemäß Artikel 20 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 muss die Kommission den Anteil dieses hinzuzufügenden Betrags festsetzen, den Kroatien in die Sonderreserve für die Minenräumung einbezieht, um Zahlungsansprüche für die von Minen geräumten Flächen zuzuweisen. Dieser Anteil wird auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen der Obergrenze für die Basisprämienregelung für 2015 und dem in Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 festgesetzten Betrag der nationalen Obergrenze für dasselbe Jahr berechnet, wobei die mit der Delegierten Verordnung (EU) 2015/851 erfolgte Aufstockung nicht berücksichtigt wird.

(4) Für jeden Mitgliedstaat, der die Basisprämienregelung gemäß Titel III Kapitel 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 anwendet, setzt die Kommission die jährliche nationale Obergrenze gemäß Artikel 22 Absatz 1 derselben Verordnung fest, indem sie von der in Anhang II angegebenen jährlichen nationalen Obergrenze die gemäß den Artikeln 42, 47, 49, 51 und 53 derselben Verordnung festgesetzten Obergrenzen abzieht. Gemäß Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 werden Aufstockungen, die die Mitgliedstaaten nach dieser Regelung anwenden, berücksichtigt.

(5) Für jeden Mitgliedstaat, der die einheitliche Flächenzahlung gemäß Titel III Kapitel 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 anwendet, setzt die Kommission die jährliche nationale Obergrenze gemäß Artikel 36 Absatz 4 derselben Verordnung fest, indem sie von der in Anhang II angegebenen jährlichen nationalen Obergrenze die gemäß den Artikeln 42, 47, 49, 51 und 53 derselben Verordnung festgesetzten Obergrenzen abzieht.

(6) Für jeden Mitgliedstaat, der die Umverteilungsprämienregelung gemäß Titel III Kapitel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 anwendet, setzt die Kommission die jährliche nationale Obergrenze gemäß Artikel 42 Absatz 2 derselben Verordnung für 2015 auf der Grundlage des Prozentsatzes fest, den der betreffende Mitgliedstaat gemäß Artikel 42 Absatz 1 derselben Verordnung mitgeteilt hat.

([1]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608.

([2]) Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1290/2005, (EG) Nr. 247/2006, (EG) Nr. 378/2007 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16).

([3]) Delegierte Verordnung (EU) 2015/851 der Kommission vom 27. März 2015 zur Änderung der Anhänge II, III und VI der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 135 vom 2.6.2015, S. 8).

(7) In Bezug auf die Zahlung für dem Klima- und Umweltschutz förderliche Landbewirtschaftungsmethoden gemäß Titel III Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 für 2015 sind die jährlichen nationalen Obergrenzen gemäß Artikel 47 Absatz 3 derselben Verordnung für 2015 im Einklang mit Artikel 47 Absatz 1 derselben Verordnung zu berechnen und sie müssen 30 % der jährlichen nationalen Obergrenze des betreffenden Mitgliedstaats gemäß Anhang II derselben Verordnung betragen.

(8) Für Mitgliedstaaten, die die Zahlung für Gebiete mit naturbedingten Benachteiligungen gemäß Titel III Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 gewähren, setzt die Kommission die jährliche nationale Obergrenze gemäß Artikel 49 Absatz 2 derselben Verordnung für 2015 auf der Grundlage des Prozentsatzes fest, den die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 49 Absatz 1 derselben Verordnung mitgeteilt haben.

(9) In Bezug auf die Zahlung für Junglandwirte gemäß Titel III Kapitel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 setzt die Kommission die jährliche nationale Obergrenze gemäß Artikel 51 Absatz 4 derselben Verordnung für 2015 auf der Grundlage des Prozentsatzes fest, den die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 51 Absatz 1 derselben Verordnung mitgeteilt haben, und der gemäß demselben Absatz nicht höher als 2 % sein darf.

(10) Falls der Gesamtbetrag der 2015 beantragten Zahlung für Junglandwirte in einem Mitgliedstaat die für den betreffenden Mitgliedstaat festgesetzte Obergrenze gemäß Artikel 51 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 übersteigt, finanziert der Mitgliedstaat die Differenz im Einklang mit Artikel 51 Absatz 2 derselben Verordnung unter Einhaltung des in Artikel 51 Absatz 1 derselben Verordnung festgesetzten Höchstbetrags. Aus Gründen der Klarheit empfiehlt es sich, diesen Höchstbetrag für jeden Mitgliedstaat festzusetzen.

(11) Für jeden Mitgliedstaat, der die fakultative gekoppelte Stützung gemäß Titel IV Kapitel 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 gewährt, setzt die Kommission die jährliche nationale Obergrenze gemäß Artikel 53 Absatz 7 derselben Verordnung für 2015 auf der Grundlage des Prozentsatzes fest, den der betreffende Mitgliedstaat gemäß Artikel 54 Absatz 1 derselben Verordnung mitgeteilt hat.

(12) Für das Jahr 2015 hat die Durchführung der Direktzahlungsregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 am 1. Januar 2015 begonnen. Aus Gründen der Kohärenz zwischen der Anwendbarkeit der Verordnung für das Antragsjahr 2015 und der Anwendbarkeit der entsprechenden Haushaltsobergrenzen sollte die vorliegende Verordnung ab demselben Datum gelten.

(13) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für Direktzahlungen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anteil gemäß Artikel 20 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 wird für das Jahr 2015 auf 43,3496 % festgesetzt. Der für die Zuweisung von Zahlungsansprüchen für die Flächen gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 in die nationale Sonderreserve für die Minenräumung in Kroatien einzubeziehende Betrag beläuft sich somit auf 303 447 EUR.

Artikel 2

1. Die nationalen Höchstbeträge für 2015 für die Basisprämienregelung gemäß Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer I aufgelistet.

2. Die nationalen Höchstbeträge für 2015 für die einheitliche Flächenzahlung gemäß Artikel 36 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer II aufgelistet.

3. Die nationalen Höchstbeträge für 2015 für die Umverteilungsprämie gemäß Artikel 42 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer III aufgelistet.

4. Die nationalen Höchstbeträge für 2015 für die Zahlung für dem Klima- und Umweltschutz förderliche Landbewirtschaftungsmethoden gemäß Artikel 47 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer IV aufgelistet.

5. Die nationalen Höchstbeträge für 2015 für die Zahlung für Gebiete mit naturbedingten Benachteiligungen gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer V aufgelistet.

6. Die nationalen Höchstbeträge für 2015 für die Zahlung für Junglandwirte gemäß Artikel 51 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer VI aufgelistet.

7. Die Höchstbeträge für 2015 für die Zahlung für Junglandwirte gemäß Artikel 51 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer VII aufgelistet.

8. Die nationalen Höchstbeträge für 2015 für die fakultative gekoppelte Stützung gemäß Artikel 53 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind im Anhang der vorliegenden Verordnung unter Ziffer VIII aufgelistet.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Januar 2015.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juli 2015

Für die Kommission
Der Präsident
Jean-Claude JUNCKER

ANHANG

I. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE BASISPRÄMIENREGELUNG GEMÄSS ARTIKEL 22 ABSATZ 1 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Belgien	231 512
Dänemark	565 119
Deutschland	3 063 113
Irland	828 305
Griechenland	1 205 698
Spanien	2 809 785
Frankreich	3 577 319
Kroatien	79 648
Italien	2 345 126
Luxemburg	22 859
Malta	648
Niederlande	521 770
Österreich	471 284
Portugal	279 102
Slowenien	74 803
Finnland	267 423
Schweden	383 289
Vereinigtes Königreich	2 114 466

II. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE EINHEITLICHE FLÄCHENZAHLUNG GEMÄSS ARTIKEL 36 ABSATZ 4 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Bulgarien	305 708
Tschechische Republik	462 980
Estland	75 485
Zypern	31 041
Lettland	96 858
Litauen	159 842

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Ungarn	737 469
Polen	1 544 022
Rumänien	721 556
Slowakei	247 436

III. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE UMVERTEILUNGSPRÄMIE GEMÄSS ARTIKEL 42 ABSATZ 2 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Belgien	48 911
Bulgarien	55 917
Deutschland	343 894
Frankreich	365 837
Kroatien	18 374
Litauen	62 684
Polen	280 424
Rumänien	92 345

IV. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE ZAHLUNG FÜR DEM KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ FÖRDERLICHE LANDBEWIRTSCHAFTUNGSMETHODEN GEMÄSS ARTIKEL 47 ABSATZ 3 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Belgien	157 097
Bulgarien	237 273
Tschechische Republik	253 456
Dänemark	261 225
Deutschland	1 473 832
Estland	34 313
Irland	364 501
Griechenland	576 590
Spanien	1 452 797
Frankreich	2 190 642
Kroatien	55 121
Italien	1 170 612

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Zypern	15 235
Lettland	54 313
Litauen	125 367
Luxemburg	10 081
Ungarn	403 724
Malta	1 572
Niederlande	224 795
Österreich	207 920
Polen	1 013 581
Portugal	169 745
Rumänien	535 028
Slowenien	41 396
Slowakei	131 490
Finnland	157 000
Schweden	209 067
Vereinigtes Königreich	951 997

V. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE ZAHLUNG FÜR GEBIETE MIT NATURBEDINGTEN BENACHTEILIGUNGEN GEMÄSS ARTIKEL 49 ABSATZ 2 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Dänemark	2 857

VI. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE ZAHLUNG FÜR JUNGLANDWIRTE GEMÄSS ARTIKEL 51 ABSATZ 4 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Belgien	9 898
Bulgarien	3 717
Tschechische Republik	1 690
Dänemark	17 415
Deutschland	49 128
Estland	343
Irland	24 300

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Griechenland	38 439
Spanien	96 853
Frankreich	73 021
Kroatien	3 675
Italien	39 020
Zypern	508
Lettland	2 716
Litauen	7 313
Luxemburg	504
Ungarn	2 691
Malta	21
Niederlande	14 986
Österreich	13 861
Polen	33 786
Portugal	11 316
Rumänien	32 000
Slowenien	1 380
Slowakei	2 403
Finnland	5 233
Schweden	13 938
Vereinigtes Königreich	54 261

VII. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE ZAHLUNG FÜR JUNGLANDWIRTE GEMÄSS ARTIKEL 51 ABSATZ 1 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Belgien	10 473
Bulgarien	15 818
Tschechische Republik	16 897
Dänemark	17 415
Deutschland	98 255
Estland	2 288

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Irland	24 300
Griechenland	38 439
Spanien	96 853
Frankreich	146 043
Kroatien	3 675
Italien	78 041
Zypern	1 016
Lettland	3 621
Litauen	8 358
Luxemburg	672
Ungarn	26 915
Malta	105
Niederlande	14 986
Österreich	13 861
Polen	67 572
Portugal	11 316
Rumänien	35 669
Slowenien	2 760
Slowakei	8 766
Finnland	10 467
Schweden	13 938
Vereinigtes Königreich	63 466

VIII. HÖCHSTBETRÄGE FÜR DIE FAKULTATIVE GEKOPPELTE STÜTZUNG GEMÄSS ARTIKEL 53 ABSATZ 7 DER VERORDNUNG (EU) Nr. 1307/2013

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Belgien	87 237
Bulgarien	118 636
Tschechische Republik	126 728
Dänemark	24 135
Estland	4 237

(in Tausend EUR)

Kalenderjahr	2015
Irland	3 000
Griechenland	141 600
Spanien	584 919
Frankreich	1 095 321
Kroatien	27 560
Italien	429 224
Zypern	4 000
Lettland	27 157
Litauen	62 684
Luxemburg	160
Ungarn	201 862
Malta	3 000
Niederlande	3 500
Österreich	14 554
Polen	506 791
Portugal	117 535
Rumänien	219 064
Slowenien	20 698
Slowakei	56 970
Finnland	104 667
Schweden	90 596
Vereinigtes Königreich	52 600